

Sehr geehrte Anwesende,

Guten Abend an die Zuschauer:innen,

die Haltung der GRÜNEN Fraktion zur Einführung des Parlaments-TV war von Beginn an kritisch und uneinheitlich. Einige Mitglieder unserer Fraktion sahen und sehen immer noch datenschutzrechtliche Bedenken, weshalb sie ihre Einwilligung zur Übertragung im Bild nicht zugestimmt haben. Auch die fehlenden Alternativangebote haben uns skeptisch gemacht. Einfachere und kostengünstigere Alternativen werden nicht angeboten.

Unsere Vorstellung von Bürger:innenbeteiligung, ein Argument der Antragsteller seinerzeit für die Einführung, war und ist eine andere. Wir sehen nach wie vor den Livestream als reine Eine-Richtung-Information, zugegeben, und an den Nutzer:innenzahlen erkennbar, eine beachtlich genutzte Informationsquelle, durchschnittlich fast 300 Zugriffe. Die jeweilige Verweildauer der Zuschauer:innen von nur 20-30 Minuten bei den einzelnen Übertragungen kann allerdings auch verschiedene Schlüsse zulassen. Für eine wirkliche Beurteilung wäre die Verteilung der Verweildauer interessant; diese wurde vom Anbieter nicht geliefert. Vielleicht ist es ja doch einfach nicht ganz so unterhaltend, was hier manchmal geboten wird.

Nun läuft die vereinbarte Vertragslaufzeit aus und wir sollen heute über die Vertragsverlängerung ab 1.1.2024 für weitere 3 Jahre beschließen. Was auch bedeutet, jetzt schon einen Haushaltsbeschluss zu einem noch nicht vorgelegten Haushaltsplan zu fassen.

Eine Vorfestlegung, die uns angesichts unserer Diskussionen um die Haushaltssituation nicht zwingend erscheint. Die vom Anbieter genannten Gründe für den längeren Vertragszeitraum sind nicht überzeugend; wir sehen nicht, wofür der Anbieter "Planungssicherheit" bräuchte.

Änderungsantrag: Wir beantragen eine Vertragsverlängerung von nur einem Jahr, also bis zum 31.12.2024 und eine erneute Beschlussfassung zum Ende des Jahres 2024, wenn die Haushaltsslage neu bewertet werden kann.

Im letzten Haupt- und Finanzausschuss wurde von der Kooperation der Begriff des „Rückwärtsgang einlegen“ kreiert, womit notwendige Einsparungen gemeint

waren. Hier wäre eine Gelegenheit dazu, wenn sich diese Praxis nicht nur auf die Anträge der anderen Fraktionen beziehen sollte.

Und noch eine Anmerkung an die Mitglieder der Kooperation: Zum laufenden Haushalt haben Sie einen Antrag der GRÜNEN Fraktion zur Vorstellung von Konzepten und Entscheidung über ein aktives Beteiligungsformat für unsere Bürger:innen in Dieburg abgelehnt, dafür sollten 5T€ bereitgestellt werden. Ihre damalige, für uns bis heute nicht nachvollziehbare Begründung war: die ohnehin fehlende Bereitschaft zur Mitarbeit in den Parteien würde sich noch verstärken, wenn wir auch noch andere Möglichkeiten der Beteiligung anbieten.

Für das bloße Zuschauen sind sie nun bereit, sich mit jährlich bis zu 20T€ zu binden.

Auch heute wird unsere Fraktion aus den genannten Gründen nicht einheitlich abstimmen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.